

Zukunft der Berufsausbildung Fachtagung des Bundesinstituts für Berufsbildung am 4. und 5. November 2003 in Bonn

REINHARD ZEDLER

► Angesichts der Wachstumsschwäche und der dreijährigen wirtschaftlichen Stagnation ist der Ausbildungsmarkt angespannt. Für das BIBB war das Anlass, mit Experten über Chancen der Berufsausbildung nachzudenken und innovative Wege zu gehen. In Sorge um die weitere Entwicklung der Berufsausbildung kamen über 200 Fachleute aus Instituten der Berufsbildung, Kammern und Verbänden wie Hochschulen zur Fachtagung „Zukunft der Berufsausbildung in Deutschland“ nach Bonn.

Bei den verschiedenen Referaten und Diskussionen wurde gleichsam eine Geographie der Ausbildung deutlich. Im Mittelpunkt der Tagung standen die aktuellen Herausforderungen der Berufsausbildung, Maßnahmen des Bundes wie der Länder. Hervorhebenswert ist, dass die Veranstaltung sich nicht in einem Katalog von Maßnahmen erschöpfte, sondern die Lage der dualen Berufsausbildung mit empirischen Untersuchungen analysiert wurde. Dies betraf u. a. die aktuelle Lage der dualen Berufsausbildung wie die Kosten und den Nutzen der Berufsausbildung. Wenn es um die künftige Entwicklung der Berufsausbildung geht, dann ist eine geschichtliche Betrachtung unerlässlich. „Zukunft braucht Herkunft“, sagt der Gießener Philosophie-Professor Odo Marquard. Am Rande dieser Geographie der dualen Berufsausbildung standen die europäischen Anforderungen an die Berufsbildung.

MAßNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER

Die Berufsausbildung steht ohne Zweifel vor neuen Anforderungen, und zwar kurz- wie mittelfristig. Peter Thiele (Bundesministerium für Bildung und Forschung – BMBF) skizzierte diese neuen Herausforderungen. Hierzu gehört nicht nur der Rückgang des betrieblichen Angebotes und damit auch die Verringerung neuer Ausbildungsverträge. Vielmehr zählen zu den neuen Anforderungen auch die Trends zu höheren Qualifikationen, zu beruflichen Vollzeitschulen sowie der Beschluss der Europäischen Kommission, bis 2010 den Anteil der Jugendlichen ohne Be-

rufsausbildung zu halbieren. Die Frage sei, wie das zu erreichen ist.

Für das BMBF ist es nach Thiele ein herausragendes Ziel, die duale Ausbildung zu sichern. Dabei setze die Politik in erster Linie auf kooperative Lösungen.

Die Strukturverbesserung des dualen Systems skizzierte er in sechs Aspekten. So stellte er als Erstes heraus, dass die Politik die Rahmenbedingungen der Ausbildung verbesserte. Hierzu zählt, dass die Ausbilder-Eignungsverordnung ausgesetzt wurde. In der Diskussion darüber bezweifelten jedoch Geschäftsführer von Industrie- und Handelskammern, dass diese Maßnahme zu mehr Ausbildungsplätzen führen werde.

Ferner gehört zu den Strukturverbesserungen, dass regionale Engpässe durch staatliche Programme ausgeglichen werden. In diesem Sinne seien tarifvertragliche Regelungen vorteilhaft, wie sie etwa in der Chemie oder in der Metallindustrie Niedersachsens bestehen. Auszubildende sicherten Kapazitäten und förderten die Qualität der Berufsausbildung. Drittens müssten neue Berufe entstehen, die sowohl den Interessen der Jugendlichen wie auch dem Bedarf der Wirtschaft entsprechen. Ansätze wären hier die Stufen-Ausbildung wie Berufe mit weniger komplexen Anforderungen. Auch sollte viertens die Ausbildung für Jugendliche mit schlechteren Startchancen gefördert werden. So sollte ein System von Qualifikationsbausteinen entwickelt werden, das in der Berufsausbildung auch anerkannt wird. Fünftens sei das lebensbegleitende Lernen so zu fördern, dass Zusatzqualifikationen in der Fortbildung und Qualifikationen der Fortbildung wiederum auf das Hochschul-Studium angerechnet werden. Schließlich solle sechstens bis 2010 ein europäischer Bildungsraum geschaffen werden.

Neben der Bundespolitik sind die Länder in der Berufsausbildung sehr aktiv. Am Beispiel Berlin erläuterte Uwe Schulz-Hofen (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Frauen) Probleme und geeignete Maßnahmen. Nach seinen Daten verzeichnete Berlin in diesem Jahr 36.000 Schulabgänger. Viele davon haben eine Berufsausbildung begonnen. Doch über 10.000 Schüler lernen in schulischen Maßnahmen. So besuchen 5.500 die einjährige Berufsfachschule, 3.000 Jugendliche Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und 1.500 Vollzeitkurse im 11. Schuljahr. Das sei eine große Bildungsleistung des Stadtstaates. Jugendliche, die sonst eine volle Berufsausbildung nicht erreichten, erhielten hier eine arbeitsmarktfähige Ausbildung. Schulz-Hofen empfahl den Ausbau von Ausbildungsplätzen in Teilsystemen der Berufsausbildung, die nicht im dualen System geregelt sind, wie Hochschule oder Berufsfachschule. Weiterhin befürwortete er die Entwicklung von branchenbezogenen und regionalen Netzwerken, möglichst in Regie und zumindest anteiliger Finanzierung der Tarifpartner. Eine

weitere Möglichkeit ist der Ausbau der Verbundausbildung und der externen Unterstützung der betrieblichen Berufsausbildung – möglichst im Rahmen dieser Netzwerke. Für Schulabgänger, die ohne Ausbildungsplatz bleiben, müssten in einem Profiling Aussagen über den Grad der Ausbildungsfähigkeit gewonnen und entsprechende Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, der Jugendhilfe oder der berufsbildenden Schulen zugeordnet werden. Für nicht oder noch nicht ausbildungsreife Jugendliche seien modulare Systeme einer Berufsausbildung gleichsam in Portionen anzubieten, die auf einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgerichtet sind.

ANALYSE DER AUSBILDUNGSSITUATION

Die aktuelle Lage der dualen Berufsausbildung insgesamt analysierte Professor Dr. Helmut Pütz (Präsident des BIBB). Angesichts der ersten Daten über das Ausbildungsjahr 2003/2004 forderte er, die Probleme beim Angebot von Ausbildungsplätzen wie bei der Nachfrage gründlich zu erforschen. In diesem Sinne ging er mit gutem Beispiel voran und skizzierte Verwerfungen auf der Nachfrage-Seite der Berufsausbildung. Dabei war es für Pütz eine Frage, inwieweit die Ausbildungsreife für viele Betriebe tatsächlich ein Hindernis für die Ausbildung sei. Denn Betriebe konnten im Jahr 2002 – statistisch gesehen – unter 158 Bewerbern bei 100 Angeboten auswählen. Andererseits werden in Betrieben infolge geänderter Arbeitsorganisationen höhere Anforderungen gestellt. Die Frage wäre, ob die Schüler dafür weniger geeignet seien.



v. l. Prof. Dr. Helmut Pütz, Dr. Günter Walden, Dr. Stavros Stavrou

Für den Ausbildungsmarkt ist nicht nur die Sicht der Nachfragenden wichtig, sondern auch die Sicht der Anbieter. Hier stellte Pütz den stetigen Rückgang an betrieblichen Plätzen fest. So hätte sich die Ausbildungsquote von 1990 mit 7,1 Prozent auf 5,6 Prozent im Jahr 2000 verringert. Bei den Ursachen für diesen Rückgang wurde auf die Kosten-Nutzen-Relation hingewiesen. Offensichtlich rechnete sich Ausbildung unter bestimmten Bedingungen nicht. Die Lehrstellensituation ist – dies stellte Pütz heraus – ab-

hängig von der wirtschaftlichen Situation. Allerdings verbiete sich „jede naive Hoffnung, mit anziehender Konjunktur erledige sich das Lehrstellenproblem von selbst“. Dabei verwies Pütz auf den Arbeitsplatzabbau bei Banken und Sparkassen. Die durch Konkurse dauerhaft verloren gegangenen Lehrstellen könnten nur durch Betriebe ausgeglichen werden, die neu in die Ausbildung einstiegen. Deshalb forderte er, dass nicht-ausbildende Betriebe an die Ausbildung verstärkt herangeführt werden müssen, und er sah ein gutes Beispiel in dem STARegio-Programm.

Eine wesentliche Determinante der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft ist die Kosten-Nutzen-Relation. Dieser Thematik wurde im Rahmen der Fachtagung in einem eigenen Workshop nachgegangen. Dabei konnte Günter Walden (BIBB) von empirischen Ergebnissen einer eigenen, umfangreichen Untersuchung ausgehen. Mit den Ergebnissen der Kostenuntersuchung des Bundesinstituts können sich Betriebe vergleichen. Volker Hasewinkel verdeutlichte das an Untersuchungen der Deutschen Telekom AG.

ZUKUNFT IM LICHT DER GESCHICHTE

Vielfach wird heute das duale System kritisiert. Manche Hochschullehrer meinen, dass es wie Venedig eine große Vergangenheit hätte, aber keine Zukunft. Demgegenüber meinte Professor Burkhard Lutz (Zentrum für Sozialforschung Halle an der Universität Halle-Wittenberg), dass es nicht übertrieben sei, von der glorreichen Geschichte des dualen Systems zu sprechen. Dieses Ausbildungssystem hätte in der jüngsten Zeit zwei Krisen durchlaufen, wie etwa beim Anstieg der Bewerber in den 80er Jahren. Doch jedes Mal sei dieses Ausbildungssystem gestärkt hervorgegangen. Die Innovationsfähigkeit des Systems sah er beispielsweise in der Stufen-Ausbildung oder in der Entwicklung der überbetrieblichen Ausbildung seit den 50er Jahren. Dabei hätte die Bildungspolitik eine zurückhaltende Rolle gespielt. Sie setzte Regeln, und das System hätte gut funktioniert. Nunmehr stehe das duale System vor neuen Herausforderungen, die auch neue Anforderungen an die Politik stellten: Erstens ginge es um die Wiederentdeckung der Berufsreife. Während früher der Facharbeiter am Ende der Berufsausbildung ausgelernt hätte, verlagere sich nunmehr die Berufsreife in die erste Phase der Arbeit. Es sei eine schleichende Entwicklung gewesen, dass die Kompetenz nicht mehr in der Zeit der Berufsausbildung erreicht werde. Bei lebenslanger Beschäftigung (vgl. Slogan „Krupp von der Wiege bis zur Bahre“) war die Realisierung nicht so schwer. Bei der neueren Beschäftigungsentwicklung werde das Auseinanderdriften des Abschlusses des beruflichen Lernens und des beruflichen Einsatzes schon zum Problem. Wenn jedoch dieser Einstieg in den Beruf glückte, dann würde zugleich das lebensbegleitende Lernen gefördert. Trotzdem besteht für den Sozialforscher heute die Frage, wann einer berufsreif sei.



Dr. Reinhard Zedler während der Diskussion

Eine zweite Herausforderung sieht Lutz im Kostenproblem. Werden die Lehrstellen knapp, komme in der Diskussion immer wieder das Kostenproblem hoch. Dabei seien die Ausbildungsplätze nicht so entscheidend wie die Qualität. Unter dem Dach des dualen Systems gäbe es ganz verschiedene Formen von Ausbildung, und zwar Ausbildungen mit Nettokosten und andere mit Nettogewinnen. Angesichts dessen werde der Druck in den Firmen steigen, den Nutzen der Berufsausbildung herauszustellen.

Eine dritte Herausforderung sah der Berufssoziologe im Zusammenhang zwischen der Berufsausbildung und dem öffentlichen Bildungswesen. Die Berufsausbildung steht beim Wettbewerb um leistungsstarke Jugendliche in Konkurrenz zu weiterführenden Schulen und zum Hochschulwesen. In zeitlicher Hinsicht ist die schulische und praktische Ausbildung neu zu bedenken. Wenn der Wissensstand sich erweiterte, wie jetzt, müsse der schulische Anteil sich erhöhen, aber auch der praktische Anteil dürfe nicht sinken. In jedem Fall seien neue Lernort-Kooperationen nötig.

Abschließend erklärte Lutz, dass das duale System seine Stärke daraus bezieht, dass es niemanden gäbe, der es allein verkörperte. Es fehlte ein Promotor. Deshalb forderte er die Berufsbildungspolitik auf, nicht so sehr zu hegen und zu pflegen wie in den 70/80er Jahren, sondern zu gestalten und Prioritäten zu setzen. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik müsste gestärkt werden, und die Politik müsste die Diskussion in Gang setzen. In einem Interview erklärte er: „Ich erwarte nicht das Ende des dualen Systems. Aber wenn es überleben will, muss es sich neu aufstellen“ (Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 10.11.2003, Seite 11).

In den bisher skizzierten Referaten wurde bereits auf die europäische Dimension der Berufsausbildung hingewiesen. Es war ein Vorzug dieser Tagung, dass dieser Thematik ein eigenes Referat gewidmet war.

EUROPÄISCHE DIMENSION

In der Europäischen Union geht es um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei spielt nicht nur die Qualifizierung von Akademikern eine große Rolle, sondern auch die von Facharbeitern, Meistern und Technikern. Wenngleich die Berufsbildung nationalen Behörden unterliegt, wie es im Artikel 148 des Amsterdamer Vertrages festgelegt ist, so hat doch die Europäische Union ein großes Interesse an der Berufsbildung. Dr. Stavros Stavrou (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung, Thessaloniki) erläuterte die neuen Denk- und Verhaltensweisen sowie die gesamtpolitische Herausforderung in der Europäischen Union. Bei den Hintergründen der europäischen Berufsbildungspolitik wies er auf die Erklärungen von Lissabon, den Prozess von Brügge, den so genannten Gipfel von Barcelona und vor allem die Erklärung von Kopenhagen hin. In dieser Erklärung sah Stavrou die Mittel und Instrumente, die europäische Dimension in der Berufsbildung zu fördern.



v. l. Prof. Dr. Burkhardt Lutz, Walter Brosi

Bei dieser Deklaration zur Berufsbildung stellte Stavrou verschiedene Aspekte heraus. Einmal ginge es um die Transparenz der in Europa erreichten Kompetenzen, zum anderen um die Qualitätssicherung, die Anrechnung von Bildungseinheiten, die Validierung nicht-formalen Lernens, die lebensbegleitende Beratung und die Entwicklung von Kompetenzen auf Sektor-Ebenen. Neben diesen Facetten der Bestandsaufnahme ginge es in der Erklärung auch um politische Empfehlungen. Hier stellte Stavrou die Transparenz und die Anerkennung von Kompetenzen heraus. – Bei verschiedenen Punkten dieser Bestandsaufnahme fragt es sich, wie das in Deutschland umzusetzen sei.

Jenseits dieser Fragen betonte der Berufsforscher, dass die Kopenhagener Erklärung als Weg zu einem integralen Ansatz der europäischen Berufsausbildung zu bewerten sei. Es ginge um eine bessere Koordination und Abstimmung zwischen allen Beteiligten auf nationaler Ebene. Die Be-